

Übersicht 1

Abbildung 3

Steigerungsraten<sup>1)</sup> der Preise für Treibstoff und Pkw sowie der Personentarife

	VPI	Treibstoff	Pkw	Bahntarif	Bustarif	Innerstädtische Tarife
	Jährliche Veränderung in %					
1966/1979	5,29	5,60	5,36	6,69	7,53	8,54
1966/1973	4,57	2,47	4,28	7,41	8,51	9,45
1973/1979	6,13	9,25	6,63	5,85	6,39	7,48

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Verbraucherpreisindex - <sup>1)</sup> Kontinuierliche Steigerungsraten zwischen den Endpunkten

Der Pumpenpreis wurde jedoch infolge der Erhöhungen der Bundesmineralölsteuer<sup>3)</sup> in mehrjährigen Abständen hinaufgesetzt. Die Steuerkomponente stieg dadurch von 54% Ende 1955 auf fast 69% Anfang 1973. Im Mai 1973 kostete ein Liter Normalbenzin 3,60 S.

— In der zweiten Phase ab Mitte 1973 hat sich Benzin durch die rasch steigenden Rohölpreise stark verteuert. Dabei wurde die Bundesmineralölsteuer aus Stabilitätsüberlegungen nicht im gleichen Ausmaß angehoben, sodaß die Steuerkomponente seit 1973 tendenziell rückläufig ist. Beim Preis von 9,10 S für einen Liter Normalbenzin (Ende 1980) beträgt der Steueranteil 49,35%.

<sup>3)</sup> Die Mineralölsteuer blieb unverändert

Entwicklung von Benzinpreis und -absatz

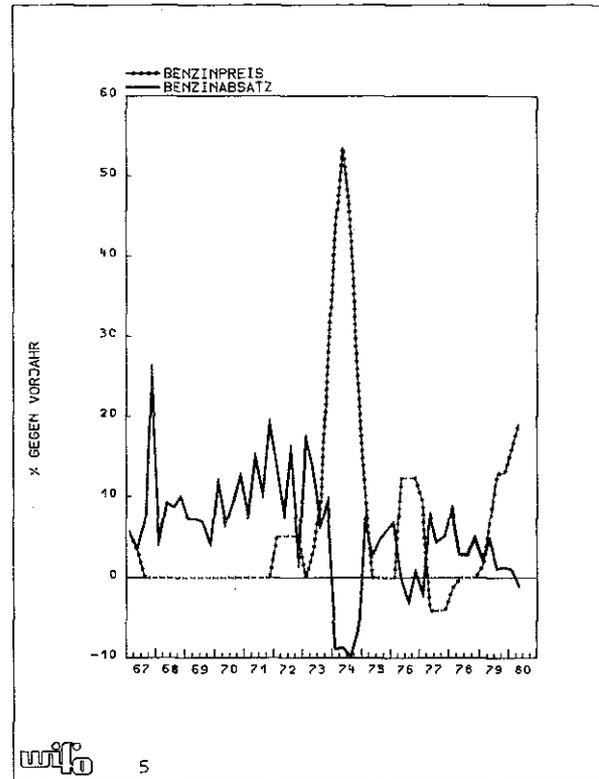
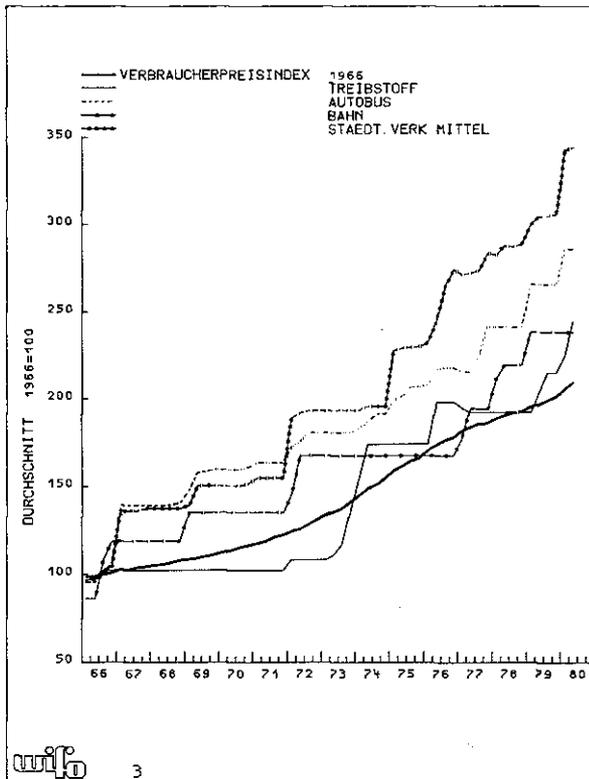


Abbildung 2

Preisentwicklung 1966 bis 1980



Substitutionsprozesse zwischen Individual- und Massenverkehr werden u. a. durch das Verhältnis der Pkw-Betriebskosten zu den Preisen öffentlicher Verkehrsleistungen mitbeeinflusst. Die weitaus höchsten und vor allem unmittelbar spürbaren variablen Kosten des Individualverkehrs sind die Treibstoffkosten. In den letzten 15 Jahren haben sich Treibstoffpreise und Personenverkehrstarife sehr unterschiedlich entwickelt. Über die gesamte Zeitspanne 1966 bis 1980 lag zwar der Anstieg der Treibstoffpreise über der allgemeinen Inflationsentwicklung, die Tarife der relativ lohnintensiven öffentlichen Verkehrsmittel haben sich aber noch stärker verteuert<sup>4)</sup>. Dabei ergibt sich mit dem Jahr 1973 eine deutliche Zäsur:

Von 1966 bis 1973 stieg der Treibstoffpreis durchschnittlich nur um 2,5% pro Jahr, dagegen wurden der Bahntarif jährlich um 7,4%, der Tarif der Überlandlinienbusse um 8,5% und die Tarife der innerstädtischen Verkehrsmittel um 9,5% hinaufgesetzt. Ab 1973 sind die Personentarife deutlich schwächer gestiegen als in den Jahren zuvor, obschon sich die allgemeine Inflationsrate stark beschleunigt hat (Bahn +5,9%, Bus +6,4%, innerstädtische Verkehrsmittel +7,5%). Die Treibstoffpreise nahmen demgegenüber fast viermal so stark zu wie in den Jahren vor 1973.

<sup>4)</sup> Diese Zeitspanne wurde gewählt, da die entsprechenden Verbraucherpreise erst seit 1966 erhoben werden.

mit großer zeitlicher Verzögerung eintreten. Längerfristige Prognosen können auch in der Regel künftige Systemänderungen nicht berücksichtigen, sondern müssen von *Ceteris-paribus*-Annahmen ausgehen. Aus all diesen Gründen wäre es angebracht, statt von einer "Pensionsprognose" eher von einer Modellrechnung unter bestimmten, vereinfachenden Annahmen zu sprechen. Diese Einschränkung schmälert nicht den Wert solcher Berechnungen: Für die Sozialpolitik ist die Kenntnis der Eigenschaften und modellhaften Wirkungszusammenhänge des Sozialsystems von eminenter Bedeutung, ermöglicht sie doch, die quantitativen Auswirkungen einzelner Maßnahmen — vor allem deren finanzielle Implikationen — *ex ante* abzuschätzen.

Grundlage für die Vorausschätzung der finanziellen Entwicklung der Pensionsversicherung bildete die jüngste Prognose des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger. Darin wurde die jährliche Zahl der Pensionen durch Fortschreibung unter Berücksichtigung von Zu- und Abgangswahrscheinlichkeiten ermittelt, disaggregiert nach Pensionsarten. Die Zahl der aktiven Versicherten wurde auf Grund der Bevölkerungsentwicklung mittels altersspezifischer Versichertenquoten geschätzt. Für die Prognose der monetären Variablen durch das Institut waren diese Ergebnisse exogene Daten.

Die Prognose des Hauptverbands war nach Versicherungsträgern gegliedert in die

- Pensionsversicherung der Arbeiter,
- Pensionsversicherung der Angestellten,
- Pensionsversicherung der Gewerblichen Wirtschaft,
- Pensionsversicherung der Bauern.

In der Pensionsversicherung der Arbeiter waren drei Versicherungsträger (Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter, Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen, Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaus) zusammengefaßt. Daher konnten sich auch die Berechnungen des Institutes nur auf die drei Träger in Summe beziehen.

Ausgangspunkt für die Prognose der finanziellen Gebarung — sowohl der Aufwands- wie der Ertragsseite — bildete eine Zeitreihe der durchschnittlichen Beitragsgrundlagen. Zunächst wurden für die Vergangenheit (ab 1974) mit Hilfe der vorhandenen Daten über Beitragsaufkommen, Beitragssätze und Versichertenstände implizite durchschnittliche jährliche Beitragsgrundlagen errechnet<sup>4)</sup>. Diese wurden sodann bis 1990 extrapoliert. Unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen der siebziger Jahre sowie

der mittelfristigen Aussichten für Wirtschaftswachstum, Realeinkommen und Inflation wurde als Trendwert eine (konstante) jährliche Steigerung um jeweils 7% angenommen. Sie entspricht etwa einer mittleren Inflationsrate von 5% bis 6% und einer Realeinkommensteigerung von 1% bis 2% pro Jahr. Unter der Annahme, daß die derzeitigen Beitragssätze über den Prognosezeitraum konstant bleiben, konnte nunmehr aus den prognostizierten Werten der Beitragsgrundlagen und der aktiven Versicherten das jährliche Beitragsaufkommen bis 1990 errechnet werden.

Bezüglich der Verteilung der Zusatzbeiträge über den Ausgleichsfonds (§ 447 g ASVG) in der Pensionsversicherung der Unselbständigen wurde angenommen, daß auch weiterhin sämtliche Mittel dieses Fonds den Versicherungsträgern der Arbeiter zufließen werden; die Erträge aus den Zusatzbeiträgen der Angestellten wurden somit dem Beitragsaufkommen der Arbeiter (einschließlich deren eigenen Zusatzbeiträgen) hinzugezählt. Allerdings sind auch in der Pensionsversicherung der Angestellten im Laufe der achtziger Jahre Defizite in der laufenden Gebarung zu erwarten, sodaß auch sie Beiträge aus dem Ausgleichsfonds erhalten dürfte. Wie auch immer die Verteilung auf die einzelnen Versicherungsträger erfolgt, für die Höhe des Beitragsaufkommens der Unselbständigen insgesamt ist sie ohne Bedeutung.

Die durchschnittlichen Beitragsgrundlagen dienen auch den Berechnungen der Aufwandsseite. Der langfristige Anstieg der Durchschnittspensionen ergibt sich einerseits aus der jährlichen Pensionsanpassung und andererseits aus einer Reihe von "Struktureffekten", wie z. B. der steigenden Tendenz der erworbenen Versicherungszeiten, der Mobilität der Arbeitskräfte zu Betrieben und Wirtschaftszweigen mit höherer Entlohnung, dem steigenden Bildungs- und Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen u. a. Diese "Struktureffekte" bewirken eine über die Pensionsanpassung hinausgehende Steigerung der Durchschnittspensionen. Um diese Effekte in den Griff zu bekommen, wurden die Durchschnittspensionen — disaggregiert nach Pensionsarten — zur durchschnittlichen Beitragsgrundlage in Beziehung gesetzt. Die in der Beobachtungsperiode 1974 bis 1979 festgestellten Tendenzen dieser Relation — nach Ausschaltung von Sondereinflüssen wie außertourlichen Pensionsanpassungen — wurden in die Zukunft extrapoliert<sup>5)</sup> und daraus die Durchschnittspensionen nach Pensionsarten in jedem Kalenderjahr bis 1990 errechnet.

Die prognostizierten Durchschnittspensionen wurden nun auf Jahresbasis gerechnet — 14 Zahlungen pro Jahr —, mit der jeweiligen Zahl der Bezieher gemäß Prognose des Hauptverbands multipliziert und über die Pensionsarten summiert. Der sich daraus erge-

$$4) \quad X_t = B_t \frac{100}{P_t} \frac{1}{V_t}$$

wobei

- X = durchschnittliche Beitragsgrundlage,
- B = Beitragsaufkommen der Versicherten,
- P = Beitragssatz in Prozent,
- V = Zahl der Versicherten,
- t = Zeitraum (Jahr)

<sup>5)</sup> Von 1985 bis 1990 wurden diese Relationen konstant gehalten.

## Schwerpunkte im österreichischen Export in die Entwicklungsländer

Übersicht 1

Für die vorliegende Studie wurden in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Kontrollbank<sup>5)</sup> 19 Schwerpunktländer (siehe Übersicht 1) ausgewählt, die großteils einer der beiden Gruppen zugehören. Acht dieser Schwerpunktländer befinden sich in Lateinamerika, fünf im Fernen Osten, je drei in Afrika und im Mittleren Osten; neun Staaten davon sind OPEC-Mitglieder.

Österreichs Exporte in diese Schwerpunktländer beliefen sich 1970 auf 1,6 Mrd. S, 1980 auf 10,0 Mrd. S (2,1% bzw. 4,4% der österreichischen Gesamtausfuhr). Im Vergleich dazu war der Anteil dieser Länder an den Exporten der westlichen Industriestaaten etwa zwei- bis dreimal so groß. Diese Relation spiegelt deutlich die mangelnde Präsenz Österreichs auf den Märkten der Entwicklungsländer wider. Im Jahr 1980 entfielen auf die Schwerpunktländer in Lateinamerika 1,0% der österreichischen Gesamtausfuhr, auf jene im Fernen Osten 0,7%, in Afrika 1,5% und im Mittleren Osten 1,2%; die wichtigsten Märkte waren Irak, Nigeria und Algerien.

In die Schwerpunktländer gingen 1979 38,9% der österreichischen Ausfuhr in die außereuropäischen Entwicklungsländer (in die OECD im Durchschnitt 48,4%). Über 70% der österreichischen Ausfuhr nach Lateinamerika, die Hälfte der Ausfuhr in den Fernen Osten und jeweils etwa ein Drittel der Ausfuhr nach Afrika und in den Mittleren Osten entfallen auf die Schwerpunktländer; die OPEC-Exporte werden durch die Schwerpunktländer zu mehr als der Hälfte, die Exporte in die übrigen Entwicklungsländer zu etwa einem Viertel erfaßt.

Der österreichische Marktanteil war mit 0,6% (1979) in den Entwicklungsländern viel geringer als im Weltexport. In den Schwerpunktländern ist Österreich im allgemeinen noch schlechter vertreten (0,5%). Relativ gut (Marktanteil über 0,8%) war Österreichs Position in Argentinien, Uruguay, Algerien, Nigeria und im Irak, schwach (Marktanteil unter 0,4%) in allen Schwerpunktländern des Fernen Ostens sowie in den meisten Ländern Lateinamerikas. Besonders vernachlässigt scheint Österreich bisher Mexiko, Venezuela, Panama, Hongkong, Taiwan, Singapur und Gabun zu haben (Marktanteile unter 0,25%).

Anfang der siebziger Jahre war Österreichs Position in den Entwicklungsländern (Marktanteil 0,4%) sowie in den Schwerpunktländern (0,3%) noch schwächer als heute. In der Periode 1970 bis 1979 konnte Österreich in den Entwicklungsländern seinen Marktanteil

### Die Märkte der Schwerpunktländer

Österreichs Exporte	1970	1977	1979	1980 <sup>1)</sup>
	in Mill. S			
<i>Regionen</i>				
Lateinamerika	43	153	207	252
Mexiko	3	9	19	25
Brasilien	7	34	43	37
Venezuela	3	23	19	29
Argentinien	9	32	53	60
Panama	0	2	4	2
Ecuador	1	6	5	6
Costa Rica	1	3	2	2
Uruguay	1	2	5	11
Summe Schwerpunktländer	25	111	151	173
Ferner Osten	36	107	208	239
Südkorea	4	18	43	45
Hongkong	4	12	21	22
Taiwan	1	3	8	13
Singapur	4	10	19	26
Indonesien	3	9	14	20
Summe Schwerpunktländer	16	52	105	126
Afrika	51	394	540	707
Algerien	5	36	80	92
Nigeria	8	100	66	172
Gabun	0	1	0	0
Summe Schwerpunktländer	13	137	146	265
Mittlerer Osten	53	447	513	707
Irak	6	64	137	173
Vereinigte Arabische Emirate	1	36	24	25
Katar	0	5	7	7
Summe Schwerpunktländer	7	105	168	205
<i>OPEC und übrige Entwicklungsländer</i>				
OPEC	51	513	619	978
Summe Schwerpunktländer	27	280	352	525
Übrige Entwicklungsländer	133	559	851	930
Summe Schwerpunktländer	34	125	218	244
Entwicklungsländer	184	1 072	1 470	1 909
Schwerpunktländer	61	405	570	769
Welt	2 857	9 808	15 429	17 478
	in Mrd. S			
Schwerpunktländer	1,6	6,6	7,6	10,0
Welt	74,3	161,8	206,3	226,2

OECD-Exporte	in Mrd. S		
<i>Regionen</i>			
Lateinamerika	13,9	41,3	59,6
Summe Schwerpunktländer	8,4	27,9	41,6
Ferner Osten	13,0	41,6	68,2
Summe Schwerpunktländer	7,1	26,6	44,6
Afrika	8,8	41,3	48,7
Summe Schwerpunktländer	1,9	14,5	14,4
Mittlerer Osten	5,5	45,4	55,8
Summe Schwerpunktländer	0,5	7,1	12,6
<i>OPEC und übrige Entwicklungsländer</i>			
OPEC	—	62,0	77,3
Summe Schwerpunktländer	5,1	34,7	41,4
Übrige Entwicklungsländer	—	108,6	156,6
Summe Schwerpunktländer	12,8	41,4	71,8
Entwicklungsländer	42,1	170,6	233,9
Schwerpunktländer	17,9	76,1	113,2
Welt	220,0	714,9	1 056,1

<sup>5)</sup> Der Verfasser ist Herrn Dr. Scholten von der Österreichischen Kontrollbank für zahlreiche wertvolle Anregungen dankbar.

Q: OECD Foreign Trade — <sup>1)</sup> Laut österreichischer Außenhandelsstatistik umgerechnet mit Devisenmittelkurs

## Übersicht 3

**Bruttoverschuldung der Oststaaten bei österreichischen Kreditunternehmungen**

(In Schilling und ausländischer Währung)

	Dezember 1979			Dezember 1980		
	insgesamt	davon in		insgesamt	davon in	
		Schilling	ausländischer Währung		Schilling	ausländischer Währung
	Endstände in Mrd. S					
Bulgarien	2,0	1,0	0,9	2,6	1,4	1,2
ČSSR	4,9	1,6	3,3	6,7	1,8	4,9
DDR	11,0	4,4	6,6	14,1	5,9	8,2
Polen	20,3	13,7	6,6	24,9	17,5	7,5
Rumänien	2,8	0,4	2,3	3,8	0,7	3,1
Ungarn	8,7	0,7	8,0	10,5	1,3	9,2
Osteuropa	49,5	21,8	27,7	62,5	28,6	33,9
UdSSR	5,1	2,2	2,9	6,3	3,0	3,4
Oststaaten	54,7	24,0	30,6	68,8	31,5	37,3
Anteil in %	100,0	44,0	56,0	100,0	45,8	54,2

Q: OeNB-Sondererhebung im Zuge der BIZ-Berichterstattung

reichischen Bruttoforderungen gegenüber den Oststaaten überwiegen die Schilling-Forderungen mit 31,5 Mrd. S bzw. 45,8% (Ende 1979 24,0 Mrd. S bzw. 44,0%). Vereinfachend kann angenommen werden, daß sich diese Forderungen zum allergrößten Teil aus den von österreichischen Banken (re)finanzierten Exportkrediten (gebundene Finanzkredite, Forfaitierungen) an die Oststaaten zusammensetzen. Wenn auch in manchen Fällen Ostexporte durch Fremdwährungskredite finanziert werden, dürfte derzeit doch die Schillingfinanzierung bei weitem überwiegen<sup>3)</sup> Forderungen in Auslandswährung (Ende 1979 30,6 Mrd. S, Ende 1980 37,3 Mrd. S) ergeben sich meist aus der Beteiligung österreichischer Banken an Euromarkt-Transaktionen. Gemessen an absoluten Beträgen bestanden 1980 die höchsten Fremdwährungsforderungen gegenüber Ungarn. Dieses Land nimmt nur selten eine Lieferantenfinanzierung in Anspruch. Es deckt seinen Bedarf an Mitteln zur Importfinanzierung überwiegend auf dem Euromarkt, auf dem die Finanzierungsmittel in der Regel am billigsten zu erhalten sind. Über 40% der österreichischen Fremdwährungsaktiva gegenüber den Oststaaten bestehen aus Forderungen in Dollar, 35% in DM und 22% in Schweizer Franken.

Die verfügbaren Daten geben zwar keine unmittelbare Auskunft darüber, wie groß der Anteil der österreichischen Ostexporte ist, der mit Bankkrediten finanziert wird; die Kennzahl "Kreditintensität der Exporte" (Schilling-Kreditstand, brutto, dividiert durch Exportvolumen) liefert aber Hinweise auf die Entwicklung der *Ostexportfinanzierung* sowie auf länderspezifische Unterschiede. Die Kreditintensität der österreichischen Ostexporte ist von 0,9 im Jahr 1979 auf 1,2

<sup>3)</sup> Diese Annahme wird auch durch die Statistik der Fakturwährungen unterstützt: 1979 wurden 50,6% der österreichischen Exporte in Schilling, aber nur 11,1% in Dollar fakturiert; vgl. hierzu näher *Oesterreichische Nationalbank: Zahlungsbilanz 1979*, gegliedert nach Regionen und Währungen

## Übersicht 4

**Verschuldung der Oststaaten bei österreichischen Kreditunternehmungen**

(In Schilling und ausländischer Währung)

	Dezember 1979			Dezember 1980		
	Brutto	Österreichs Verpflichtungen	Netto	Brutto	Österreichs Verpflichtungen	Netto
Dollar	13,3	4,0	9,3	15,4	6,1	9,3
Schweizer Franken	5,1	0,1	5,0	8,3	0,7	7,6
Deutsche Mark	11,5	5,3	6,2	13,2	7,0	6,2
Sonstige	0,7	0,1	0,6	0,4	0,0	0,3
Auslandswährung	30,6	9,5	21,1	37,3	13,7	23,6
Schilling	24,0	2,0	22,0	31,5	2,7	28,8
insgesamt	54,7	11,6	43,1	68,8	16,5	52,3

Q: OeNB-Sondererhebung im Zuge der BIZ-Berichterstattung

im Vorjahr gestiegen. Im Falle Polens erreichte diese Kennzahl 1980 fast 3. Sehr kreditintensiv sind auch die Exporte in die DDR, zum Teil auch nach Bulgarien. Relativ wenige Bankkredite werden hingegen für Exporte nach Rumänien, Ungarn und in die UdSSR in Anspruch genommen. Die marginale Kreditintensität (Kreditzuwachs, dividiert durch Exportzuwachs) weist auf die zur Ausweitung der Exporte benötigten Finanzmittel hin. Diese Relation war im Falle Polens mit einem Wert von über 15 besonders ungünstig.

Die Unterschiede in der Kreditintensität lassen sich durch Abweichungen der Warenstruktur kaum erklären: Der Exportanteil von Maschinen und Verkehrsmitteln — Waren, für die in der Regel die längsten Zahlungsziele gewährt werden — ist im Ostexport in die ČSSR und die UdSSR am höchsten, in die DDR und nach Ungarn hingegen unterdurchschnittlich; in Polen entspricht er etwa dem Durchschnitt.

Für die direkten Exportförderungskredite werden in der Regel Exportgarantien der Österreichischen Kontrollbank, vielfach auch die Exportfinanzierung der Kontrollbank in Anspruch genommen. Das kumulative Haftungsobligo der Österreichischen Kontrollbank (einschließlich Promessen) gegenüber den Oststaaten erreichte Ende 1980 60,7 Mrd. S, der Ausnutzungsstand der Exportfinanzierung 32,1 Mrd. S<sup>4)</sup>. In der Kontrollbankstatistik sind auch Garantien bzw. Finanzierungen von Krediten von Exportunternehmungen (Handelskredite), zum Teil auch Produktionsfinanzierung enthalten, sodaß ein direkter Vergleich mit den hier verwendeten Daten nicht möglich ist.

Setzt man das Kreditvolumen zu den österreichischen Importen aus dem jeweiligen Land in Beziehung, erhält man in der Kennzahl "*Kreditdeckung durch Importe*" eine Aussage darüber, wieviele Jahre etwa zur Rückzahlung der von Österreich gewährten Kredite durch Importe benötigt werden. Die den Oststaaten gewährten Schillingkredite entsprechen etwa dem Importvolumen des Jahres 1980, die gesamten

<sup>4)</sup> *Österreichische Kontrollbank: Geschäftsbericht 1980*

Übersicht 1

Anteil der Sozialausgaben am Brutto-Inlandsprodukt

	Sozialausgaben insgesamt		Brutto-Inlandsprodukt (nominell)		Sozialausgaben in % des Brutto-Inlandsproduktes
	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
1970	79 254	+ 7,6	375 729	+ 12,2	21,1
1971	89 316	+ 12,7	418 800	+ 11,5	21,3
1972	99 895	+ 11,8	476 162	+ 13,7	21,1
1973	112 893	+ 13,0	535 666	+ 12,5	21,1
1974	131 670	+ 16,7	613 046	+ 14,4	21,5
1975	157 156	+ 19,4	657 327	+ 7,2	23,9
1976	177 010	+ 12,6	724 040	+ 10,1	24,4
1977	193 782	+ 9,5	791 112	+ 9,3	24,5
1978 <sup>1)</sup>	220 850	+ 14,0	836 461	+ 5,7	26,4
1979 <sup>1)</sup>	238 791	+ 8,1	914 283	+ 9,3	26,1
1980 <sup>1)</sup>	258 046	+ 8,1	987 669	+ 8,0	26,1

Q: Eigene Berechnungen — <sup>1)</sup> Vorläufige Werte

Übersicht 2

Anteil der Transfereinkommen am persönlichen Bruttoeinkommen

	Transfereinkommen <sup>1)</sup>		Persönliches Einkommen brutto	Transfereinkommen in % des persönlichen Bruttoeinkommens
	brutto	in Mrd S		
1970	59 11		312 84	18,9
1971	66 89		351 52	19,0
1972	75 70		395 87	19,1
1973	85 42		443 88	19,2
1974	98 35		506 72	19,4
1975	113 71		558 25	20,4
1976 <sup>2)</sup>	131 63		628 82	20,9
1977 <sup>2)</sup>	146 49		690 21	21,2
1978 <sup>2)</sup>	167 97		746 55	22,5
1979 <sup>2)</sup>	181 40		816 32	22,2
1980 <sup>2)</sup>	194 83		883 00	22,1

Q: Eigene Berechnungen — <sup>1)</sup> Pensionen, Renten, Unterstützungen, Beihilfen und sonstige einseitige Barleistungen an private Haushalte — <sup>2)</sup> Vorläufige Werte

Konjunktur im Laufe des Jahres deutlich verschlechterte und sich der Anstieg der Sozialausgaben in Rezessionsphasen typischerweise beschleunigt. Für die gedämpfte Entwicklung waren vor allem die weiterhin stabile Beschäftigungslage, die zurückhaltende Ausgabenpolitik des Bundes und der niedrige Anpassungsfaktor für die Pensionen maßgebend. Von den Sozialausgaben des Bundes stiegen die Aufwendungen des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen nur um 3,1%. Die Höhe der Familienbeihilfen blieb

gegenüber dem Vorjahr unverändert (z. B. für ein Kind monatlich 910 S). Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung stiegen um 11% und damit ebenfalls deutlich langsamer als in den Vorjahren. Die Zahl der Arbeitslosen war im Jahresdurchschnitt 1980 um rund 3 600 Personen (6,3%) niedriger als im Vorjahr; andererseits wurden mehr Mittel für Arbeitsmarktförderung ausgegeben. Der Pensionsaufwand des Bundes stieg um knapp 6% und damit deutlich schwächer als jener der Sozialversicherung. Die Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung waren infolge der Erhöhung der Beitragssätze für die Versicherten um 8,5% geringer als 1979. Im Zuge der Bemühungen um eine Konsolidierung des Bundesbudgets verschob sich damit die Finanzierung der Pensionsversicherung neuerlich zu Lasten der Versicherten. Insgesamt waren die Ausgaben des Bundes für soziale Sicherheit kaum höher als im Vorjahr (+0,9%), wogegen sie in früheren Jahren regelmäßig zweistellige Wachstumsraten verzeichnet hatten. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes sank 1980 auf 25,8% (1979 27,2%).

Die Ausgaben der Sozialversicherung stiegen um 9,6% und damit etwas stärker als 1979, jedoch deutlich schwächer als im Durchschnitt der siebziger Jahre. Die leichte Beschleunigung gegenüber dem Vorjahr ist ausschließlich auf die Krankenversicherung zurückzuführen, die auch von allen Versicherungszweigen die höchste Steigerungsrate aufwies. In der Pensionsversicherung dämpfte der relativ niedrige Anpassungsfaktor die Ausgabendynamik; für die Versicherungsträger der Unselbständigen ergaben sich allerdings aus der stark steigenden Zahl der Alterspensionen und verschiedenen Struktureffekten zusätzliche Ausgaben.

Hohes Wachstum der Ausgaben für Gesundheit

Die Krankenversicherungsträger im Rahmen der Sozialversicherung gaben 1980 rund 40,3 Mrd S aus, um 11,3% mehr als im Vorjahr. Demgegenüber stiegen die Einnahmen aus Versichertenbeiträgen nur um 7,2%. Die wichtigsten Ausgabenpositionen wuchsen

Übersicht 3

Die Ausgaben des Bundes für soziale Sicherheit

	Arbeitslosenversicherung	Familienbeihilfen	Pensionen des Bundes	Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung	Summe	Arbeitslosenversicherung	Familienbeihilfen	Pensionen des Bundes	Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung	Summe
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes in %				
1974	+ 65,9	+ 11,1	+ 13,1	+ 18,7	+ 16,2	1,2	7,1	7,8	9,2	25,2
1975	+ 15,9	+ 25,1	+ 14,7	+ 36,4	+ 25,6	1,1	7,6	7,6	10,7	26,9
1976	+ 15,5	+ 7,0	+ 12,3	+ 10,8	+ 10,3	1,2	7,2	7,5	10,5	26,3
1977	+ 21,6	+ 15,4	+ 9,3	+ 12,2	+ 12,7	1,3	7,8	7,7	11,0	27,8
1978	+ 32,5	+ 44,5 <sup>1)</sup>	+ 11,1	- 15,6	+ 10,9 <sup>1)</sup>	1,6	10,0 <sup>1)</sup>	7,6	8,3	27,4 <sup>1)</sup>
1979	+ 19,4	+ 6,8	+ 7,2	+ 6,5	+ 7,6	1,7	9,8	7,6	8,1	27,2
1980 <sup>2)</sup>	+ 11,0	+ 3,1	+ 5,9	- 8,5	+ 0,9	1,8	9,5	7,5	7,0	25,8

Q: Bundesrechnungsabschluss — <sup>1)</sup> Infolge Umstellung der Familienförderung mit Vorjahreswerten nicht vergleichbar — <sup>2)</sup> Bundesvoranschlag bzw. vorläufiger Gebarungserfolg

Kaufkraftüberschüsse nicht wieder voll für Industriegüter ausgeben (niedrige Absorptionsleistung) konnten, stieg die Weltsparrquote. Die beiden Erdölpreiskrisen deckten große Strukturprobleme auf, die durch das dynamische Auftreten der "Newly Industrialising Countries" (NICs) auf den Märkten der Industrieländer noch verschärft wurden. Mehr und mehr wurde die Notwendigkeit von Umstrukturierungen und strukturellen Anpassungen an die neuen Gegebenheiten der Weltwirtschaftsordnung erkannt. Daher läßt sich in vielen Industrieländern ein Übergehen von einer kurzfristigen (keynesianischen) zu einer langfristig orientierten (auf Änderung der Angebotsstrukturen ausgerichteten) Wirtschaftspolitik beobachten. Teilweise (in den meisten westeuropäischen Ländern) knüpft diese Strategie an bereits bekannte und erprobte Konzepte der langfristigen Investitionsförderung an, zum anderen wird unter dem theoretisch nicht genau definierten Begriff der "Angebotspolitik" besonders in den konservativ regierten Ländern (in Großbritannien, aber vor allem in den USA seit der Amtsübernahme durch Präsident *Reagan*) versucht, eine angebotsseitige Politik zu betreiben. Dabei kann man im wesentlichen zwei Arten von Angebotspolitik unterscheiden: einmal die dirigistische, die durch vermehrten Einfluß des Staates über Verstaatlichungen und direkte Investitionsförderung das Angebot beeinflussen will (als Extrembeispiel für eine solche Politik

können die Planwirtschaften Osteuropas angesehen werden), und zweitens die liberale Variante der Angebotspolitik. Diese versucht durch allgemeine Steuer-senkungen das Arbeitskräfteangebot und die private Investitionstätigkeit zu steigern. Als erstes OECD-Land probierte Großbritannien unter der Regierung *Thatcher* seit 1979 diese Politik aus. Noch viel radikaler will die Administration *Reagan* eine solche Politik (die sich auf die empirisch wenig fundierte *Laffer-Kurve* stützt)<sup>1)</sup> in den nächsten drei Jahren mit drastischen Steuersenkungen praktizieren. Da über die Auswirkungen dieser angebotsorientierten Experimente sehr wenig bekannt ist, ist die Unsicherheit über die Prognosen für diese Länder besonders groß.

Wie schon erwähnt, sind die Volkswirtschaften der OECD-Länder anhaltenden deflationären Einflüssen von seiten der Erdölpreiskrise und der restriktiven Wirtschaftspolitik ausgesetzt. Nach Simulationen der OECD wird durch die Erdölpreiskrise das reale Brutto-Inlandsprodukt 1981 zusätzlich um 1% gedrückt, 1982 dürfte dagegen ein leicht positiver Effekt ausgehen (im Rahmen des Handelsrecycling mit den

<sup>1)</sup> Ein empirischer Test zeigte, daß es für Österreich eine *Laffer-Kurve* nicht gibt; siehe *F. Breuss*: Über die Grenzen der Besteuerung. Gibt es eine *Laffer-Kurve* in Österreich?, Das öffentliche Haushaltswesen in Österreich Jahrgang 21, Heft 4/1980, S 249-279

Übersicht 2

Industrieproduktion

	Gewicht <sup>1)</sup>	1977	1978	1979	1980	1981	1982
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
USA	35.5	5.9	5.8	4.4	-3.6	3.5	3.5
Japan	13.0	4.1	6.2	8.2	6.9	3.0	5.0
BRD	14.3	3.0	2.1	5.5	-0.1	-3.0	2.5
Frankreich	8.4	2.2	1.7	4.5	-0.9	-1.0	3.0
Großbritannien	5.5	4.8	2.9	3.7	-6.8	-5.0	0.0
<i>Manufacturing<sup>2)</sup></i>		2.5	0.4	0.1	-9.7	-8.5	0.0
Italien	4.9	-0.6	2.1	6.7	5.2	-3.5	2.5
Kanada	3.4	2.2	4.2	4.6	-1.5	1.5	3.5
Große Industrieländer	85.0	4.2	4.4	5.3	-0.8	1.0	3.0
Spanien	2.5	12.2	-3.4	0.1	1.1	2.0	4.0
Niederlande	2.0	0.4	0.6	3.2	-0.4	-1.5	2.5
Australien	1.7	-2.0	1.0	6.7	1.8	6.5	5.5
Schweden	1.7	-5.1	-1.1	7.3	-0.1	-2.5	2.5
Belgien	1.6	-0.4	2.6	4.6	-0.3	-5.0	5.0
Schweiz	2.2	5.5	0.2	1.6	5.8	1.0	4.0
Österreich	1.0	3.9	2.0	7.7	3.9	-1.0	<sup>3)</sup>
Norwegen	0.7	-0.6	10.4	6.2	6.6	0.0	3.0
<i>Manufacturing<sup>2)</sup></i>		-1.2	-1.6	1.7	1.1	-2.0	1.5
Finnland	0.6	0.7	5.2	10.5	6.1	3.5	4.5
Griechenland	0.3	2.0	7.6	6.1	-0.5	0.5	1.5
Portugal	0.4	13.6	6.8	6.6	8.5	6.0	5.0
Irland	0.2	8.3	9.1	6.8	-1.1	1.5	4.0
Luxemburg	0.1	0.9	3.8	2.8	-2.7	-1.0	3.0
Kleine Industrieländer	15.0	2.8	1.1	4.4	2.1	0.5	4.0
OECD insgesamt	100.0	4.0	3.9	5.1	-0.3	1.0	3.5
OECD-Europa	46.4	2.8	1.8	4.8	0.2	-2.0	2.5
EG <sup>4)</sup>	37.3	2.3	2.2	5.0	-0.6	-3.0	2.5
EFTA	6.6	1.9	2.1	5.6	4.3	0.0	3.5

Q. OECD, nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> In Prozent der OECD-Industriewertschöpfung 1975 — <sup>2)</sup> Ohne Erdölproduktion — <sup>3)</sup> Österreich-Prognose für 1982 wird im Juni erstellt — <sup>4)</sup> Einschließlich Griechenland

zielte der Dollar seit Oktober bedeutende Kursgewinne (z. B. +24,4% gegenüber der DM bis Mai); dadurch wurden die in Dollar fakturierten Rohwarenimporte verteuert, und die Terms of Trade verschlechterten sich empfindlich

In der BRD wird dank der Wechselkursbedingten Belebung der Auslandsnachfrage die Konjunktur nunmehr etwas günstiger eingeschätzt als noch vor wenigen Monaten. Der Abschwung ist zu Ende gegangen, das reale Brutto-Sozialprodukt ist im I Quartal saisonbereinigt um 1/2% gewachsen. Weil die Inlandsnachfrage gedämpft bleiben wird, wird das Brutto-Sozialprodukt im Jahresdurchschnitt 1981 nach wie vor unter dem Niveau des Vorjahres liegen (-1%). Die konjunkturelle Erholung wird sehr zögernd verlaufen und 1982 ein Wachstum um 2% bringen

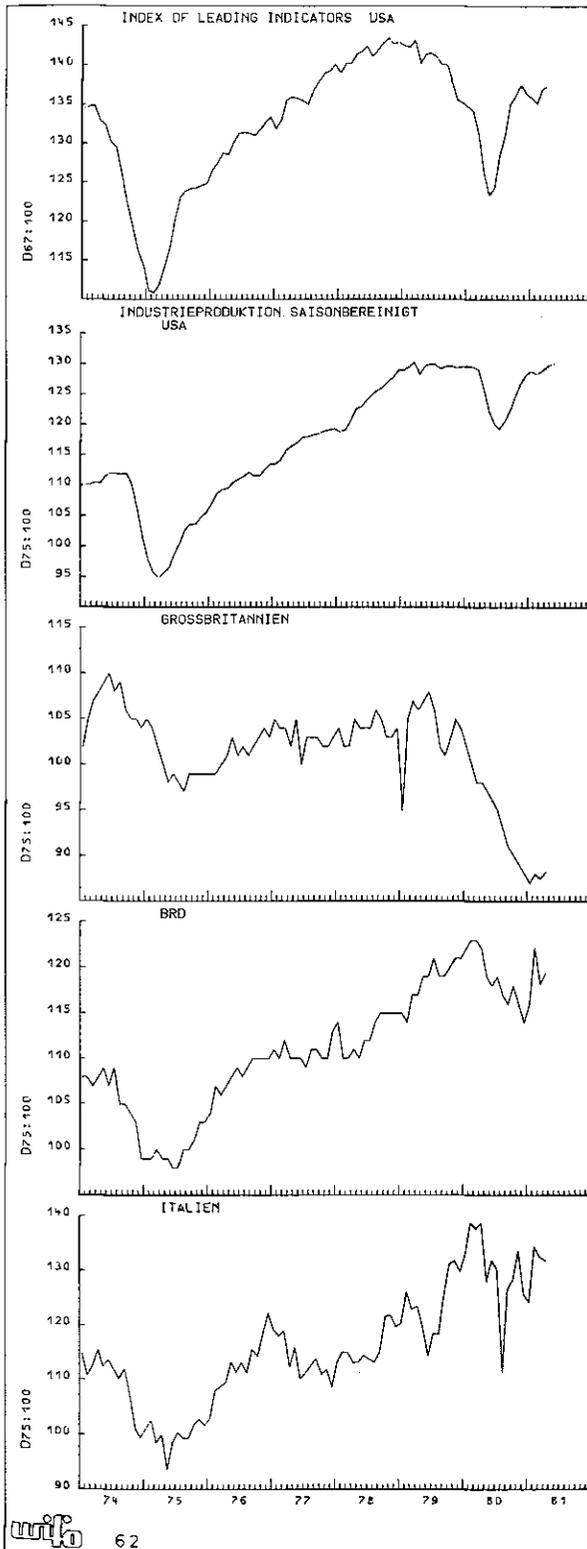
In OECD-Europa wird das BIP heuer voraussichtlich real um 1/2% sinken, wobei die kleineren Länder (+0,6%) besser abschneiden werden als die vier großen (-1 1/4%). Für 1982 wird ein mäßiges Wachstum von 2% angenommen. Abermals dürften die kleineren Länder überdurchschnittlich expandieren (+2,5% gegenüber +1 3/4%).

Die internationale Rezession hat die Probleme auf dem *Arbeitsmarkt* verschärft. Trotz Rückgangs der Produktivität im 2. Halbjahr 1980 konnte das Beschäftigungsniveau in der OECD nicht stabilisiert werden. Darüber hinaus wurde die Zunahme der Arbeitslosigkeit noch durch das steigende Arbeitskräfteangebot (+1,1% auf Jahresbasis) verstärkt. Derzeit sind im gesamten OECD-Raum rund 24 Millionen Personen arbeitslos, dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 6 3/4%. Bis Ende 1982 dürfte sich die Arbeitslosenzahl auf 26 Millionen (7,4%) erhöhen, selbst wenn der Produktivitätsfortschritt bescheiden ist. In Westeuropa (insbesondere in Großbritannien und einigen kleineren Ländern) ist die Beschäftigungslage noch ernster: die Arbeitslosenquote wird hier 9,2% erreichen.

Die Aussichten auf einen zügigen Rückgang der *Inflation* in der OECD haben sich infolge des Wiedererstarkens des Dollars in den letzten Monaten vorübergehend verschlechtert. Die nur langsame Anpassung der *Rohstoffpreise* an den Dollarkurs und die asymmetrischen Effekte<sup>3)</sup> der Wechselkursänderungen innerhalb des OECD-Raums werden heuer die Inflationsraten um 1/2 bis 3/4 Prozentpunkte steigern. Auf dem Erdölmarkt hat sich infolge des Überangebotes der Preisauftrieb deutlich beruhigt; allerdings wird ein "Nachziehen" der Preise für die übrigen Brennstoffe die Energie weiter verteuern.

Angesichts der internationalen Rezession wird der *Welthandel* heuer real um 2% schrumpfen; auch das Volumen des Handels innerhalb der OECD-Länder nimmt ab. Die lebhafte Nachfrage der OPEC-Länder (reale Steigerung der OECD-Exporte in die OPEC 1981 rund 15%, 1982 gut 17%) wird heuer ein be-

<sup>3)</sup> In Europa schlägt die Terms-of-Trade-Verschlechterung relativ rasch auf die Verbraucherpreise durch, während in den Rohwarenpreisen und im US-Preisniveau die Wertsteigerung des Dollars auf Grund bestehender langfristiger Preis- und Lohnkontrakte nur allmählich zum Ausdruck kommt



der Konkurrenz imitiert werden. Auch zwingen Umschichtungen in der Nachfrage, verstärkter internationaler Wettbewerb, Rationalisierung und Energiekosten zu höheren Investitionen. Der Kapazitätseffekt bleibt entsprechend gering. Das deutlich größere Investitionsvolumen wird die Kapazitäten nur um 2% (langfristiger Schnitt 5% bis 6%) erhöhen. Dies ist die geringste Ausweitung seit Beginn der Erhebungen

**Unterschiedliche Wirkung der Zinssätze**

Die Zinsen für erstklassige Investitionskredite (Prime Rate) sind von 8% im Jahr 1979 auf 11% (Jahresmitte 1980) und derzeit 13% gestiegen. Die Zinszahlungen für einen gleich hohen Kredit liegen somit um mehr als 50% höher als vor zwei Jahren. Es gibt mehrere Gründe, warum sich dieser Anstieg nicht auf die gegenwärtige Investitionstätigkeit auswirkt: Erstens ist die Zinsempfindlichkeit von industriellen Investitionen im allgemeinen eher gering, da die Amortisationsfrist hier kürzer als in anderen Sektoren ist. Auch ist ein erheblicher Teil der Investitionen selbstfinanziert (dann geht der Zinsanstieg über die Alternativkostenüberlegungen etwas gebremst in das Kalkül ein). Wahrscheinlich lassen sich Zinskosten

auch teilweise auf die Preise überwälzen, besonders wenn der Zinsanstieg im Ausland ein ähnliches Ausmaß erreicht.

Zweitens wirken sich Zinskosten erfahrungsgemäß mit einer erheblichen Verzögerung auf die Investitionstätigkeit aus, und der derzeitige Investitionszyklus ist schon Mitte 1979 durch die Erholung von Auslastung und Erträgen ausgelöst worden.

Drittens ist heuer noch die Zinsstützungsaktion 1978 wirksam. Die Einreichungsfrist endete zur Jahreswende, die Anträge werden aber teilweise noch heuer abgewickelt und begünstigen damit heuer begonnene Investitionen. Der effektive Zinssatz ist daher für viele Projekte um 1 bis 2 Prozentpunkte niedriger, teilweise wurden auch rückzahlungsfreie Perioden vereinbart. Auch wird der Zinssatz für laufende Verträge nicht so stark geändert wie für nichtgestützte Kredite. Generell überschätzt die Betrachtung des nominellen Zinssatzes die Höhe der Belastung. Da die Kredite aus Umsätzen zurückgezahlt werden, die ebenfalls der Inflation unterliegen, ergibt sich die Belastung der Unternehmen nur in der Höhe der Realzinsen. Stellt man dem gegenwärtigen Zinssatz von 13% eine Inflationsrate zwischen 5% und 7% gegenüber (je nachdem, ob man Verbraucherpreise oder Preise von Industriewaren heranzieht), so liegt die

Übersicht 3

**Nominal- und Realzinsbelastung mit und ohne Berücksichtigung der Absatzbarkeit von Nominalzinsen**

	Rendite der Neuemissionen				Prime Rate					
	nominell	real		real für positiv bilanzierende Betriebe <sup>1)</sup>	nominell	real		real für positiv bilanzierende Betriebe <sup>1)</sup>		
		VPI	deflationiert mit impliziter Preisindex der Industrie			VPI	deflationiert mit impliziter Preisindex der Industrie			
1955	56		-28							
1956	68		40							
1957	72		49							
1958	72		80							
1959	67		60							
1960	69		45							
1961	73	40	48	-04						
1962	71	22	46	-13						
1963	68	39	53	06						
1964	64	24	52	-06						
1965	63	09	42	-20						
1966	67	47	40	14						
1967	72	31	58	-04						
1968	76	47	75	10						
1969	73	41	64	05						
1970	74	29	33	-07						
1971	74	26	43	-10						
1972	72	08	38	-26						
1973	77	02	-20	-34						
1974	90	-05	-44	-46						
1975	95	09	22	-34	97	12	24	-33	-21	
1976	86	12	42	-28	0	85	11	40	-28	0
1977	83	27	50	-13	10	89	32	56	-10	13
1978	79	42	76	03	36	91	53	88	09	42
1979	76	38	37	01	0	82	43	42	04	03
1980	91	26	25	-16	-17	110	44	43	-08	-08
1981 I Quartal	97	25	45	-20	-01	130 <sup>2)</sup>	56	76	-05	14

<sup>1)</sup> Formel:  $\frac{(1 - u/100) n/100 + 1}{p/100 + 1} \cdot 100 - 100$

<sup>2)</sup> u = Grenzsteuersatz (ca 50%) r = Nominalzinssatz p = Inflation - <sup>2)</sup> Mai 1981

## Übersicht 2

**Ausgabenstruktur der Gemeinden im Durchschnitt 1976 bis 1978**

	Wien	Gemeinden ohne Wien	Gemeinden insgesamt
	Anteil an den bereinigten Ausgaben <sup>1)</sup> in %		
Personalaufwand	22,3	21,4	21,8
Investitionen	23,8	28,6	26,4
Zahlungen an andere Gebietskörperschaften	0,9	11,4	6,4
Sonstige Ausgaben <sup>2)</sup>	53,0	38,9	45,4
<i>Bereinigte Ausgaben 1978 absolut in Mill. S</i>	<i>42 104,6</i>	<i>48 472,7</i>	<i>90 577,3</i>

<sup>1)</sup> Zur Bereinigung siehe Anhang – <sup>2)</sup> Neben dem laufenden Sachaufwand sind besonders im Falle Wiens auch Transfers an private Haushalte und Kreditgewährungen enthalten

Auf Grund der — zur Erfüllung der kommunalen Aufgaben erforderlichen — umfangreichen baulichen Einrichtungen lassen sich die Gemeinden global als *Investitionshaushalte* charakterisieren (26% der Gemeindeausgaben sind Investitionen, gegenüber 8% beim Bund). Nach den Investitionsausgaben ist der Personalaufwand mit etwa 22% der größte homogene Posten der Gemeindeausgaben. Obwohl es keine Aufgliederung der kommunalen Haushalte nach funktionellen Kriterien gibt, kann man davon ausgehen, daß die Personalausgaben überwiegend bestimmten infrastrukturellen Einrichtungen zuzuordnen sind. Bei Bund und Ländern dienen die Personalausgaben in erster Linie der allgemeinen Verwaltung sowie — bei den Ländern — der Erstellung besonderer Dienstleistungen im Bildungs- und Gesundheitswesen (Personalaufwand für Lehrer bzw für die Spitalerhaltung). Die Länder können zufolge des hohen Anteils von Transfers und Darlehen insbesondere für den Wohnbau als "Förderungshaushalte" charakterisiert werden. Auch beim Bund fallen Transferausgaben stark ins Gewicht. Die Ausgabenstruktur ist hier nicht nur Ausdruck der unmittelbaren Förderungstätigkeit, sondern spiegelt auch die kurz- und langfristige Steuerungsfunktion und die Verteilung der Aufgaben auf die verschiedenen Ebenen des öffentlichen Sektors wider.

Bei der Darstellung der kommunalen Haushaltsstruktur ist zu beachten, daß die 2.300 österreichischen Gemeinden in ihrer Größe keineswegs eine homogene Gruppe sind. Die Unterschiede machen sich auch in der Ausgabenstruktur bemerkbar. Der Ausgabenanteil des Personalaufwands etwa beträgt in kleinen Gemeinden nur rund 10% im Vergleich zu über 30% in Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern. Umgekehrt haben die Investitionen in kleinen Gemeinden einen Anteil von 35%, während sie in den großen Städten (50.000 bis 250.000 Einwohner) nur 12% erreichen. Auch die Zahlungen an andere Gebietskörperschaften sind in kleinen Gemeinden relativ größer, da viel mehr Aufgaben im Rahmen von übergeordneten Funktionsträgern besorgt werden müssen. Auch

nach mehreren Kommunalstrukturreformen gibt es 600 Kleingemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern, in denen rund 5% der Gesamtbevölkerung leben. Die meisten Gemeinden (1.500) haben zwischen 5.000 und 10.000 Einwohner, 40% der Bevölkerung entfallen auf sie. In den 142 Gemeinden mit 5.000 bis 20.000 Einwohnern leben 15%, in den 21 Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern (ohne Wien) 17% der Bevölkerung.

**Starke Abhängigkeit der Einnahmen von übergeordneten Gebietskörperschaften**

Auch die Einnahmenstruktur bringt die Funktionsunterschiede zwischen den Gebietskörperschaften deutlich zum Ausdruck. Beim Bund sind im Durchschnitt der letzten Jahre Steuern und steuerähnliche Einnahmen (69%) sowie Kreditaufnahmen (23%) die wichtigsten Einnahmearten; bei den Ländern stellen die Steuern 44% der Einnahmen. Diese Steuern stammen zu 95% aus Anteilen an den sogenannten gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die vom Bund eingehoben und entsprechend den Regelungen des Finanzausgleichs auf die drei Gebietskörperschaften verteilt werden. Auf Transfers entfallen bei den Ländern 32% der Einnahmen, die Kreditfinanzierung hat mit 6% relativ geringe Bedeutung. Bei vergleichbarer Gliederung der Gemeindehaushalte kommt rund die Hälfte der Einnahmen aus Steuern, ein Sechstel aus Kostenersätzen für erbrachte Dienstleistungen (Müllabfuhr u. a.) und ein Achtel aus Kreditaufnahmen. Die Kreditaufnahmen der Gemeinden sind in erster Linie investitionsbedingt, während sie bei Bund und Ländern eher der allgemeinen Haushaltsfinanzierung dienen.

Von den Steuereinnahmen der Gemeinden sind je nach Gemeindegrößenklasse zwischen 45% und 60% Ertragsanteile (im Durchschnitt einschließlich Wien 61%). Aus der Gewerbesteuer nach Gewerbekapital und Ertrag und der Lohnsummensteuer stammen im Durchschnitt je 11% der kommunalen Einnahmen. Das Gewicht dieser beiden Abgaben ist in mittleren

## Übersicht 3

**Einnahmenstruktur der Gemeinden im Durchschnitt 1976 bis 1978**

	Wien	Gemeinden ohne Wien	Gemeinden insgesamt
	Anteil an den bereinigten Einnahmen <sup>1)</sup> in %		
Steuern	48,6	55,4	54,4
Gebühren	4,3	5,7	5,3
Zahlungen anderer Gebietskörperschaften	18,1	16,8	18,0
Sonstige Einnahmen	29,0	22,1	22,3
<i>Bereinigte Einnahmen 1978 absolut in Mill. S</i>	<i>38 156,9</i>	<i>43 272,8</i>	<i>81 429,7</i>

<sup>1)</sup> Ohne Darlehen- und Rücklagengebarung siehe Anhang

sisperiode,  $t$  die Berichts-(Referenz)periode. Als  $g$  wird das zur Indexberechnung verwendete Gewicht der einzelnen Meßzahlen bezeichnet.

$$(6) \quad g_0 = \frac{p_0 q_0}{\sum p_0 q_0}; \quad g_t = \frac{p_t q_t}{\sum p_t q_t}$$

Der Paasche-Index ist ein gewogenes harmonisches Mittel, wobei als Gewichte die Wertanteile der jeweiligen Indexpositionen (handelsstatistischen Nummern) am untersuchten Aggregat (z. B. Gesamtexport) der laufenden Periode dienen. Der Paasche-Index ist ein Index mit wechselnder Gewichtung. Die Indexwerte der Referenzperiode können uneingeschränkt nur mit dem Basisjahr, nicht aber mit den dazwischen liegenden Jahren verglichen werden.

Der Laspeyres-Index ist ein gewogenes arithmetisches Mittel, bei dem als Gewichte die Wertanteile der Indexpositionen in der Basisperiode verwendet werden; er ist somit ein Index mit konstanter Gewichtung. Sein Nachteil besteht darin, daß er in Perioden stärkerer Strukturumschichtungen mit der Entfernung vom Basisjahr an Aussagekraft verliert. Zwischen dem Paasche- und Laspeyres-Index besteht folgender Zusammenhang<sup>3)</sup>:

$$\frac{P_P}{P_L} = \frac{Q_P}{Q_L} = 1 + r \frac{\sigma_P}{P_L} \frac{\sigma_Q}{Q_L}$$

wobei  $r$  = gewichteter Korrelationskoeffizient zwischen Preisen und Mengen und  $\sigma_P$ ,  $\sigma_Q$  = Variationskoeffizienten der Preise bzw. Mengen.

Diese Formel erlaubt folgende Interpretation: Der Paasche-Index ist größer als der Laspeyres-Index für dasselbe Aggregat, wenn sich Preise und Mengen in der gleichen Richtung entwickeln; der Laspeyres-Index ist größer, wenn die Entwicklung von Preisen und Mengen in unterschiedliche Richtung geht<sup>4)</sup>.

Das Produkt aus Paasche-Preis-Index und Laspeyres-Volumen-Index (bzw. auch Laspeyres-Preis- und Paasche-Volumen-Index) ergibt den Wertindex (Export- bzw. Importwert der laufenden Periode dividiert durch den entsprechenden Wert der Basisperiode). Eine Zu- bzw. Abnahme der Außenhandelswerte läßt sich daher mit Hilfe des Paasche- und Laspeyres-Index "restlos" in Preis- und Mengenkomponenten zerlegen. Diese Komplementarität der beiden Indizes kann man sich in der Praxis zu Nutzen machen, indem tatsächlich nur ein Index voll berechnet wird; der andere Index kann dann mit Hilfe des Wertindex mühelos abgeleitet werden.

Einen gewissen Ausgleich zwischen den Vor- und Nachteilen des Laspeyres-Index und des Paasche-Index bietet der Fisher-Idealindex: Dieser Index wird als geometrisches Mittel beider Indizes berechnet:

Fisher-Idealpreisindex

$$(7) \quad P_I = \sqrt{P_P \cdot P_L} = \sqrt{\frac{\sum p_t q_t}{\sum p_0 q_0} \cdot \frac{\sum p_t q_0}{\sum p_0 q_t}} = \sqrt{\frac{\sum g_0 \frac{p_t}{p_0}}{\sum g_t \frac{p_0}{p_t}}}$$

### Preis- und Volumenindizes des österreichischen Außenhandels

Vom Österreichischen Statistischen Zentralamt wurden bisher Preisindizes (Paasche) und Volumenindizes (Laspeyres) mit dem Basisjahr 1971 berechnet<sup>5)</sup>. Spätestens Anfang der achtziger Jahre war eine Aktualisierung des Basisjahres auf jeden Fall angezeigt, zumal es in den siebziger Jahren weitgehende Umschichtungen in der Außenhandelsstruktur (Erdöl-schock) gab.

Vor allem aus datentechnischen Gründen wurde als Basis des neuen Index das Jahr 1979 gewählt; für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wäre ein Index mit Basis 1976 zweckmäßiger, da eine Reihe anderer Indizes (Verbraucherpreise, Großhandelspreise, Industrie) auf dieses Jahr bezogen wird. Zu Jahresbeginn 1978 fanden allerdings weitgehende Änderungen der Warennomenklatur der Außenhandelsstatistik statt<sup>6)</sup>, die eine Vergleichbarkeit der Indizes vor und nach diesem Stichtag beeinträchtigt hätten. Für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wurde vom Statistischen Zentralamt der "neue" Index (nach einem etwas abweichenden Rechenverfahren) auch auf Basis 1976 berechnet. Diese Daten stehen dem Institut zur Verfügung. Sie wurden dazu verwendet, den neuen Index bis zum Jahr 1976 zu "verlängern"; als Basis blieb das Jahr 1979.

Das Statistische Zentralamt nahm die Gelegenheit der Index-Neuberechnung auch zur Verbesserung der Indexform und der Indextechnik wahr<sup>7)</sup>:

<sup>5)</sup> Vgl. hierzu näher Statistische Nachrichten 8/1975, S. 546. Diese Indizes auf Basis 1971 werden vom Österreichischen Statistischen Zentralamt für eine gewisse Periode weitergerechnet. Zuvor wurden Indizes mit dem Basisjahr 1961 verwendet. Diese Indizes wurden seit Jänner 1966 auf wesentlich erweiterte Basis gestellt, das Referenzjahr (1961) wurde allerdings nicht geändert (Statistische Nachrichten 11/1966, S. 625f). Vor den 1961-Indizes wurden seit 1949 Indizes mit dem Basisjahr 1937 kalkuliert. Diese Berechnungen wurden allerdings Ende 1960 eingestellt. Eine Rückrechnung des 1961-Index für das Jahr 1960 ermöglichte eine Verknüpfung dieser beiden Indexreihen (vgl. hierzu Statistische Nachrichten 2/1969, S. 114f).

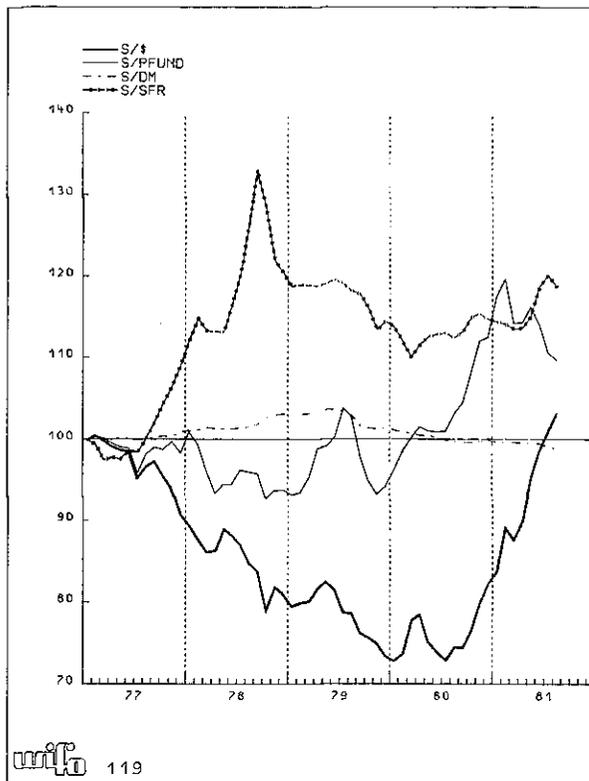
<sup>6)</sup> Änderung der Standard International Trade Classification SITC-Revised (1) in SITC-Revised (2); vgl. hierzu näher J. Stanekovsky: Änderung der internationalen Warenklassifikation für den Außenhandel (SITC), Bundeswirtschaftskammer, HA-Taschenbuch 80 S. 62ff; Änderung der CCCN (Customs Cooperation Council Nomenclature — früherer BTN, Brüsseler Zolltarifschema).

<sup>7)</sup> Vgl. hierzu näher Statistische Nachrichten 6/1981, S. 289; E. Grossendorfer: Außenhandelsindizes, Revision 1979, Mitteilungsblatt der Österreichischen Gesellschaft für Statistik und Informatik Nr. 43, 1981.

<sup>3)</sup> Zur Ableitung und Interpretation vgl. insbesondere Allen (1975, S. 63).

<sup>4)</sup> Dieses Ergebnis ist das Bortkiewicz-Theorem; vgl. hierzu H. Theil: Theory and Measurement of Consumer Demand, Volume 2. Amsterdam 1976, S. 176ff.

**Entwicklung der Wechselkurse**  
Jänner 1977 = 100



Juni fiel. Zusätzlich endete gleichzeitig die seit Anfang 1980 bis in den Februar dieses Jahres anhaltende Aufwärtsbewegung des britischen Pfundes. Seither ist der Pfundkurs bis August um rund 8% auf knapp unter 32 S zurückgegangen. Als Summe dieser Faktoren ist der Index des nominellen effektiven Wechselkurses sowohl im Durchschnitt des II. Quartals gegenüber den drei Vormonaten als auch im Juli und August leicht gestiegen. Der reale Wechselkursindex verzeichnete im Juli sogar eine geringe Aufwertung des Schillings.

**Leistungsbilanzentwicklung bleibt problematisch**

Die seit Herbst 1980 zu beobachtende Verbesserung der österreichischen Leistungsbilanz ist im II. Quartal 1981 zum Stillstand gekommen. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres lag zwar das Leistungsbilanzdefizit mit 21,2 Mrd S um 6,4 Mrd S unter dem Wert im Vergleichszeitraum des Vorjahres, doch muß berücksichtigt werden, daß das Defizit im 1. Halbjahr 1980 besonders hoch war. Gegenüber dem 2. Halbjahr 1980 konnte sowohl saisonbereinigt als auch in der um die Statistische Differenz erweiterten Leistungsbilanz der Abgang nicht weiter verringert werden. Die damit verbundene Problematik wird noch deutlicher, wenn man die inzwischen eingetretene

**Zahlungsbilanz<sup>1)</sup>**

	1979	1980 Jänner bis Juli Mill S	1981
Handelsbilanz <sup>2)</sup>	-32 543	-52 408	-47 096
Reiseverkehr	+20 862	+24 618	+27 143
Kapitalerträge	-3 969	-4 057	-3 637
Sonstige Dienstleistungen	+3 300	+3 745	+2 113
Bilanz der Transferleistungen	+1 280	+488	+249
Bilanz der laufenden Transaktionen	-11 070	-27 613	-21 229
Statistische Differenz	+9 602	+14 115	+12 703
Langfristiger Kapitalverkehr	-7 001	+1 356	-1 016
Kurzfristiger nichtmonetärer Kapitalverkehr	+364	-2 366	+3 067
Kurzfristiger Kapitalverkehr der Kreditunternehmen	-8 653	+16 707	+6 824
Reserveschöpfung <sup>3)</sup>	+611	+1 277	+5 910
Veränderung der offiziellen Währungsreserven	-16 144	+3 477	+6 260

<sup>1)</sup> Vorläufige Zahlen. - <sup>2)</sup> Einschließlich der nichtmonetären Goldtransaktionen Transitgeschäfte und Adjustierungen - <sup>3)</sup> Sonderziehungsrechte Bewertungsänderungen Monetisierung von Gold

Konjunkturabflachung berücksichtigt. Auf Grund der Konjunktursituation hätte die Verbesserung der Leistungsbilanz viel stärker ausfallen müssen, die Verschlechterung der Terms of Trade durch den Kursauftrieb des amerikanischen Dollars kompensierte aber diese Tendenz weitgehend. So sind die Importpreise mit einer Steigerungsrate von 10,5% gegenüber dem Vorjahr im II. Quartal des Jahres nahezu dreimal so stark gestiegen wie die Exportpreise (+3,7%). Die nominellen Zuwachsraten der Exporte lagen in den ersten sechs Monaten seit Jahresbeginn deutlich über jenen der Importe, real sind die Importe sogar gesunken. Der Negativsaldo der Handelsbilanz war daher im Zeitraum April bis Juli mit 27 Mrd S merklich geringer als im gleichen Zeitraum 1980 (30,7 Mrd. S). Der Abgang von 7,6 Mrd. S im Juli war aber erstmals in diesem Jahr höher als im Vergleichsmonat des vergangenen Jahres. Die Deviseneingänge aus dem Rei-

**Langfristiger Kapitalverkehr<sup>1)</sup>**

	1980		II Quartal		1981	
	Eingänge	Ausgänge	Saldo	Eingänge		Saldo
				Ausgänge	Saldo	
Mill S						
Forderungen						
Direktinvestitionen	16	350	-332	-2	254	-256
Direktkredite	319	3 298	-2 977	470	10 650	-10 180
Ausländische festverzinsliche Wertpapiere	1 296	1 158	137	1 750	1 824	-74
Sonstige	720	960	-239	1 028	1 587	-558
Verpflichtungen						
Direktinvestitionen	1 309	346	962	556	20	535
Direktkredite	3 719	1 524	2 194	4 810	1 551	3 260
davon an öffentliche Stellen	1 427	198	1 229	362	786	-424
Österreichische festverzinsliche Wertpapiere	6 558	3 543	3 016	8 853	2 998	5 857
davon öffentliche Stellen	1 388	690	699	936	851	85
Sonstige	777	497	281	1 171	824	-345
Saldo	14 715	11 675	3 041	18 636	19 704	-1 068

<sup>1)</sup> Vorläufige Zahlen Rundungsfehler

Übersicht 1

Außenhandel im 1. Halbjahr 1981

	Oster- reich	BRD	Frank- reich	Italien	Schweiz
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Export nominell					
in \$	- 87	-120	- 82	- 82	-114
in Landeswährung	+100	+ 68	+139	+175	+ 41
Import nominell					
in \$	-132	-126	- 99	- 50	-177
in Landeswährung	+ 44	+ 59	+104	+214	- 33
Export real	+ 49	+ 06	- 03 <sup>1)</sup>	- 56 <sup>2)</sup>	+ 06
Import real	- 58	- 49	- 59 <sup>1)</sup>	-110 <sup>2)</sup>	+ 39
Exportpreis					
in \$	-130	-125	- 54 <sup>1)</sup>	- 21 <sup>2)</sup>	-117
in Landeswährung	+ 49	+ 62	+107 <sup>1)</sup>	+191 <sup>2)</sup>	+ 36
Importpreis					
in \$	- 79	- 81	- 23 <sup>1)</sup>	+ 76 <sup>2)</sup>	-210
in Landeswährung	+109	+114	+144 <sup>1)</sup>	+310 <sup>2)</sup>	- 73
Export nominell (in \$) nach Ländergruppen					
OECD	-132	-155	-131	-	-120
EG	-141	-163	-162	-	-149
USA	- 59	-149	+ 32	-	- 17
OPEC	+260	+108	+ 95	-	- 35
Entwicklungsländer ohne OPEC	+133	+ 17	+ 24	-	-126
Oststaaten	- 56	-143	-126	-	-209

Q: IMF-Datenbank; OECD, Foreign Trade Serie A, Main Economic Indicators -  
<sup>1)</sup> I Quartal - <sup>2)</sup> Jänner bis April

trakte, die vor der Aufwertung noch nicht ausgeliefert wurden Anders wirkt sich die Dollaraufwertung aus, wenn Waren bereits geliefert wurden, aber ein Zahlungsziel vereinbart ist In diesem Fall hat die Dollaraufwertung keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Außenhandelsstatistik, wohl aber auf die Statistische Differenz in der Zahlungsbilanz

Die Dollaraufwertung wirkte sich in Österreich aus strukturellen Gründen kurzfristig besonders ungünstig aus Die österreichische Außenhandelsstruktur ist in zweifacher Hinsicht asymmetrisch Zum einen unterscheidet sich die Struktur der Fakturwährungen von der Länderstruktur des österreichischen Außenhandels, zum anderen weicht die Zusammensetzung der österreichischen Exporte in bezug auf Fakturierung, Handelspartner und Warengruppen deutlich von jener der Importe ab Dies hat zur Folge, daß gleich hohe effektive Wechselkursänderungen unterschiedliche Auswirkungen auf den Außenhandel haben können — je nachdem, welche Währung betroffen ist.

Von den österreichischen Exporten<sup>3)</sup> wurden 1980 52,4% in Schilling, 26,1% in D-Mark und 7,4% in Dollar fakturiert Die österreichischen Importe wurden dagegen zu 25,2% in Schilling, 37,9% in D-Mark und 20,3% in Dollar bezahlt Andere Währungen spielen bei der Fakturierung eine vergleichsweise untergeordnete Rolle (Schweizer Franken je 4%) Es fällt vor allem auf, daß die Importe dreimal so häufig in Dollar fakturiert werden wie die Exporte In absoluten Beträgen ist die Importfakturierung in Dollar mit 64 Mrd. S dreieinhalbmal so groß wie die Exportfakturierung (18 Mrd. S) Diese starke Asymmetrie bewirkt, daß eine Abwertung des Schillings gegenüber dem Dollar unmittelbar sehr unangenehme Folgen hat Die Verteuerung der Importe fällt viel stärker ins Gewicht als jene der Exporte Dieser Effekt wird bei neuen Verträgen durch die Warenstruktur noch verstärkt Während es sich bei den in Dollar fakturierten österreichischen Exporten großteils um Produkte handelt, die der internationalen Preiskonkurrenz stark ausgesetzt sind, überwiegen bei den importierten Dollarwaren die wenig preiselastischen Güter Auf Erdöl allein entfällt die Hälfte der österreichischen "Dollarimporte".

**Dollarkurs und Importpreise**

Bereits ein optischer Vergleich zeigt (siehe Abbildung 1), daß ein ziemlich enger Zusammenhang zwischen gleichzeitiger Veränderung von Schilling/Dollar-Relation und Importpreisen besteht Der Konnex zwischen Dollarkurs und Exportpreis ist hingegen schwach Der Korrelationskoeffizient beträgt 0,9 für Importpreise bzw. 0,6 für Exportpreise Unter der An-

nahme, daß sich eine Änderung des Dollarkurses unmittelbar und in vollem Ausmaß auf den Schillingpreis der Dollarwaren auswirkt, hat die Dollaraufwertung (rund 40%) zwischen August 1980 und 1981 etwa 8 Prozentpunkte zum Anstieg der Importpreise um 15,9% beigetragen Auf der Exportseite beträgt der hypothetische Effekt der Dollaraufwertung auf die Exportpreise knapp 3 Prozentpunkte bei einer Preissteigerung von insgesamt 7,1% Diese Werte stellen wegen der Preiskonkurrenz sicherlich eine Obergrenze dar, weil sich im Vorjahresvergleich schon die neuen Kontrakte auswirken.

Dies gilt besonders für Rohstoffe, deren Preise in der Regel in Dollar notieren Die Abwertung einer Währung gegenüber dem Dollar läßt vorerst den Preis in der abgewerteten Währung mit dem vollen Abwertungssatz steigen Wenn jedoch die Kräfte von Angebot und Nachfrage die Preise weltweit gehandelter Rohstoffe bestimmen, ist zu erwarten, daß die Notierungen, gemessen an einem Korb von Währungen, unverändert bleiben: Einer Preissenkung auf Dollarbasis würde eine Preiserhöhung auf der Basis der übrigen Währungen gegenüberstehen Die Spotmarktpreise werden jedoch den Änderungen in den Wechselkursrelationen nur langsam und unvollständig angepaßt, da einige Rohstoffe auf Grund langfristiger Dollarverträge gehandelt werden Insgesamt kann man allerdings annehmen, daß ein Teil des Rückgangs der Dollarkurse von nichtenergetischen Rohstoffen seit Herbst 1980 (September 1981 gegenüber September 1980 —20,7%) auf die Aufwärtsbewegung des Dollars zurückzuführen ist Zur Baisse der Rohstoffnotierungen trug aber auch das hohe Zinsniveau

<sup>3)</sup> Ohne Transithandel, einschließlich Statistischer Differenz

Übersicht 1

Entstehung des Brutto-Inlandsproduktes

		Industrie einschließ- lich Berg- bau	Gewerbe	Energie- und Was- serversor- gung	Bauwesen	Handel <sup>1)</sup>	Verkehr und Nach- richten- übermitt- lung	Vermö- gensver- waltung <sup>2)</sup>	Sonstige private Dienste	Öffentli- cher Dienst	Wertschöp- fung ohne Land- und Forst- wirtschaft	Land- und Forstwirt- schaft	Wertschöp- fung der Wirt- schaftsbe- reiche <sup>3)</sup>	Brutto-In- landspro- dukt
		Zu Preisen von 1976 in Mrd. S												
1970	I Quartal	29,76	9,66	4,08	6,24	19,39	6,19	13,06	5,92	18,53	112,81	5,15	117,96	123,65
	II Quartal	33,06	10,12	3,81	11,72	21,75	6,87	13,21	5,95	18,76	125,25	6,72	131,97	139,32
	III Quartal	32,47	10,45	3,99	14,23	26,76	7,36	13,37	5,97	19,01	133,63	9,77	143,40	151,95
	IV Quartal	35,40	11,60	4,15	13,91	24,85	7,44	13,54	5,97	19,12	135,97	10,98	146,95	156,55
	Insgesamt	130,69	41,83	16,03	46,10	92,75	27,86	53,18	23,81	75,42	507,66	32,82	540,28	571,47
1971	I Quartal	32,71	10,07	4,41	7,18	20,08	6,63	13,88	6,00	19,34	120,29	5,19	125,48	131,64
	II Quartal	35,03	10,55	3,69	13,16	23,52	7,26	14,13	6,05	19,47	132,87	6,08	138,95	147,10
	III Quartal	34,46	10,86	3,62	15,95	28,41	7,59	14,40	6,11	19,60	140,99	9,44	150,43	159,66
	IV Quartal	36,82	11,98	4,12	15,21	26,03	7,93	14,65	6,10	19,88	142,71	9,43	152,15	162,29
	Insgesamt	139,02	43,46	15,84	51,50	98,04	29,41	57,06	24,26	78,29	536,86	30,14	567,01	600,69
1972	I Quartal	35,00	10,94	4,56	7,83	22,18	7,25	14,72	6,11	19,95	128,53	5,70	134,23	141,19
	II Quartal	36,44	11,30	4,02	13,71	24,57	7,68	14,94	6,11	20,11	138,89	6,04	144,93	153,50
	III Quartal	35,91	11,73	3,94	16,79	29,79	8,05	15,16	6,11	20,29	147,76	8,11	155,87	165,87
	IV Quartal	41,25	13,23	4,70	16,57	28,53	8,66	15,48	6,16	20,43	155,01	10,51	165,52	177,43
	Insgesamt	148,60	47,20	17,22	54,90	105,07	31,64	60,30	24,49	80,78	570,19	30,36	600,55	637,99
1973	I Quartal	37,57	11,38	5,08	8,38	23,13	7,86	15,75	6,11	20,18	135,45	5,59	141,04	148,07
	II Quartal	39,22	11,87	4,44	14,59	26,33	8,61	16,01	6,24	20,40	147,70	6,36	154,06	163,23
	III Quartal	38,56	12,26	4,11	17,88	30,56	8,92	16,24	6,36	20,63	155,52	9,11	164,63	174,67
	IV Quartal	41,58	13,56	5,28	17,01	29,97	9,23	16,45	6,40	20,87	160,34	11,23	171,57	183,19
	Insgesamt	156,93	49,07	18,91	57,86	109,99	34,62	64,45	25,11	82,08	599,01	32,29	631,30	669,16
1974	I Quartal	40,03	11,81	5,44	8,78	26,03	8,84	16,66	6,51	21,07	145,18	6,25	151,43	158,81
	II Quartal	41,34	12,20	4,66	15,26	26,66	9,37	16,88	6,57	21,30	154,24	6,79	161,03	170,00
	III Quartal	40,21	12,49	4,71	18,34	31,82	9,75	17,11	6,62	21,51	162,55	9,54	172,10	181,89
	IV Quartal	41,67	13,42	5,41	17,45	29,75	9,70	17,21	6,72	21,62	162,95	11,02	173,97	184,85
	Insgesamt	163,25	49,92	20,22	59,83	114,26	37,66	67,86	26,42	85,50	624,92	33,60	658,53	695,55
1975	I Quartal	36,87	11,68	5,62	8,89	26,54	8,70	17,48	6,74	21,61	144,12	6,24	150,36	157,59
	II Quartal	37,87	12,07	5,05	14,49	26,42	9,19	17,65	6,84	21,90	151,49	6,92	158,40	166,96
	III Quartal	36,35	12,16	5,13	18,17	32,10	9,50	17,82	6,95	22,20	160,38	9,35	169,73	179,44
	IV Quartal	40,20	13,20	5,14	17,48	31,77	9,94	17,84	7,04	22,29	164,90	12,70	177,60	189,04
	Insgesamt	151,29	49,11	20,94	59,03	116,83	37,33	70,79	27,57	89,00	620,89	35,21	656,09	693,03
1976	I Quartal	37,50	11,70	6,20	8,38	26,98	9,33	18,54	6,84	22,85	148,33	6,48	154,81	161,54
	II Quartal	40,21	12,44	5,03	14,68	28,06	10,16	18,71	6,83	23,03	159,14	7,09	166,24	174,93
	III Quartal	40,72	12,71	4,91	18,49	33,65	10,47	18,87	6,81	23,21	169,84	9,94	179,77	189,63
	IV Quartal	43,68	13,73	5,96	17,63	33,25	10,73	18,94	6,94	23,23	174,08	12,94	187,02	198,65
	Insgesamt	162,11	50,58	22,10	59,18	121,94	40,69	75,06	27,42	92,32	651,39	36,45	687,84	724,75
1977	I Quartal	40,40	12,90	6,53	8,58	28,52	10,02	19,90	7,01	23,75	157,60	6,51	164,11	170,89
	II Quartal	42,49	13,59	5,66	15,37	29,42	10,71	20,22	7,03	23,88	168,36	6,86	175,22	183,88
	III Quartal	41,13	13,62	5,57	19,19	34,06	10,71	20,54	7,06	24,01	175,89	9,50	185,39	195,21
	IV Quartal	44,61	14,85	5,85	18,27	35,37	11,08	20,69	7,21	24,07	182,00	12,23	194,23	206,36
	Insgesamt	168,63	54,96	23,61	61,41	127,37	42,52	81,35	28,31	95,71	683,85	35,10	718,95	756,34
1978	I Quartal	40,72	12,57	6,34	8,81	27,67	10,32	20,56	7,25	24,43	158,67	6,52	165,19	171,34
	II Quartal	43,23	13,30	5,57	15,69	28,59	11,10	20,87	7,22	24,69	170,27	7,26	177,53	185,49
	III Quartal	41,84	13,59	5,47	19,15	33,44	11,37	21,19	7,20	24,96	178,22	10,57	188,79	197,68
	IV Quartal	45,41	14,87	6,31	17,10	33,38	11,67	21,32	7,30	25,09	182,43	13,04	195,48	205,64
	Insgesamt	171,20	54,33	23,69	60,75	123,08	44,46	83,94	28,97	99,17	689,59	37,39	726,99	760,15
1979	I Quartal	43,65	13,41	6,87	8,85	29,55	10,88	21,71	7,43	25,43	167,78	6,76	174,54	180,32
	II Quartal	45,36	14,05	6,14	15,61	30,54	11,82	22,00	7,37	25,58	178,47	7,81	186,28	193,78
	III Quartal	45,37	14,57	6,14	19,73	34,84	12,34	22,36	7,37	25,72	188,45	9,89	198,34	206,63
	IV Quartal	49,27	15,89	6,78	17,97	35,04	12,50	22,47	7,51	25,75	193,17	13,66	206,83	216,58
	Insgesamt	183,65	57,92	25,93	62,16	129,97	47,54	88,54	29,68	102,48	727,87	38,12	765,99	797,31
1980	I Quartal	47,48	14,18	7,32	8,99	31,25	11,81	22,65	7,73	26,05	177,45	7,22	184,68	190,68
	II Quartal	47,83	14,66	6,37	15,49	31,18	12,52	23,04	7,65	26,12	184,85	7,72	192,56	199,87
	III Quartal	45,99	15,05	6,12	19,66	35,83	12,86	23,49	7,62	26,20	192,83	11,25	204,08	212,18
	IV Quartal	49,99	16,22	6,97	17,28	35,80	12,88	23,57	7,71	26,27	196,69	13,61	210,30	219,49
	Insgesamt	191,29	60,11	26,78	61,42	134,06	50,07	92,75	30,71	104,64	751,82	39,80	791,62	822,22

<sup>1)</sup> Einschließlich Beherbergungs- und Gaststättenwesen — <sup>2)</sup> Banken und Versicherungen Realitätenwesen Rechts- und Wirtschaftsdienste <sup>3)</sup> Vor Abzug der imputierten Bankdienstleistungen und vor Zurechnung der Importabgaben und der Mehrwertsteuer

In der Darstellung der Ergebnisse der analytischen Berechnungen werden daher folgende vier Bewertungen verwendet:

- a) zu Produzentenpreisen ohne indirekte Steuern für alle Ströme in den Tabellen, für Brutto- und Netto-Produktionswerte (Wertschöpfung) der einzelnen Bereiche;
- b) zu cif-Werten für Importe;
- c) zu Käuferpreisen (d. h. einschließlich Verteilungsspannen, indirekte Steuern, Zölle und importabhängige Abgaben) für die Gesamtwerte der heimischen Endnachfragekomponenten;
- d) zu Käuferpreisen (einschließlich Verteilungsspannen, aber ohne indirekte Steuern, Zölle und importabhängige Abgaben) für Exporte insgesamt.

Die zwei Input-Output-Tabellen sind zu laufenden Preisen bewertet. Die Inflation zwischen 1964 und 1976 beeinträchtigt daher ihren Vergleich. Die Stärke der Preisveränderungen in dieser Periode zeigen die folgenden Preisindizes für 1976 (auf Basis 1964 = 100): Brutto-Inlandsprodukt 187,5, privater Verbrauch 183,0, öffentlicher Verbrauch 274,7<sup>4)</sup>, Importe 163,3 und Exporte 159,3 (*Österreichisches Statistisches Zentralamt*, 1979). Besonders stark war der Preisanstieg bei den Importen von Energie und Brennstoffen (SITC 3), der Preisindex beträgt 276,7.

Bei Exporten und Importen handelt es sich in beiden Input-Output-Tabellen um Waren und Dienstleistungen.

<sup>4)</sup> Die Preissteigerung der Brutto-Anlageinvestitionen ist in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wegen der Umstellung auf Mehrwertsteuer (1973) nicht ausgewiesen.

gen, d. h. um Exporte bzw. Importe i. w. S., aber die statistische Differenz (die 1976 noch relativ unbedeutend war) ist nicht eingeschlossen. Dadurch kommt es zu einer Verkürzung sowohl auf der Export- wie auf der Importseite. Per Saldo weicht aber der Außenbeitrag nur unwesentlich von der Volkseinkommensrechnung ab (*Richter*, 1981, S. 13 und S. 32). Der Ausländer-Fremdenverkehr wird in dieser Untersuchung nicht als eine Art von Export berücksichtigt. Die Input-Output-Tabellen enthalten nämlich keine Angaben über "Importe" der Leistungen des Fremdenverkehrs, d. h. über Ausgaben der österreichischen Touristen im Ausland. Dadurch könnte beim Vergleich der Exporte und Importe der falsche Eindruck entstehen, daß der Fremdenverkehr nur zur Verbesserung der österreichischen Zahlungsbilanz beiträgt.

**Parallele Zunahme der Exporte und Importe zwischen 1964 und 1976**

Zwischen 1964 und 1976 sind nach den Angaben in den Input-Output-Tabellen die österreichischen Exporte und Importe fast gleich stark gewachsen: zu laufenden Preisen um das 4,14fache und das 4,25fache. 1964 waren die Importe um 24%, 1976 um 27% höher als die Exporte. In der gleichen Zeit nahm das Brutto-Inlandsprodukt (zu laufenden Preisen) um das 3,17fache zu, und der Anteil des Importüberschusses am Brutto-Inlandsprodukt erhöhte sich von 4,3% 1964

*Übersicht 1*

**Österreichische Exporte, Importe und der intra-industrielle Handel 1964 und 1976<sup>1)</sup>**

Wirtschaftsbereiche	Exporte		Importe		Exporte	Importe	Indikator des intra-industriellen Handels <sup>2)</sup>		
	1964	1976	in % des Gesamtaufkommens <sup>3)</sup>				absolute Veränderung 1964/1976	1964	1976
1 Land- und Forstwirtschaft	2,78	3,93	17,00	15,69	1,15	- 1,31	0,28	0,40	0,12
2 Bergbau	20,64	15,91	44,67	43,42	- 4,72	- 1,25	0,63	0,54	- 0,10
3 Nahrungs- und Genußmittel	2,28	4,12	6,58	9,32	1,84	2,76	0,52	0,61	0,10
4 Textil und Bekleidung	15,77	25,02	17,68	32,08	9,24	14,40	0,94	0,88	- 0,07
5 Holz Be- und Verarbeitung	25,82	26,62	5,51	13,44	0,80	7,93	0,35	0,67	0,32
6 Papierindustrie	20,76	25,65	9,12	19,05	4,89	9,93	0,61	0,85	0,24
7 Chemie (ohne Erdölindustrie)	14,84	23,91	27,28	33,28	9,07	6,00	0,70	0,84	0,13
8 Erdölindustrie	1,98	1,10	17,70	33,22	- 0,88	15,51	0,20	0,06	- 0,14
9 Nicht-Metall-Mineralien	11,26	12,05	8,78	14,18	0,79	5,40	0,88	0,92	0,04
10 Grundmetalle	28,32	29,48	17,86	21,93	1,16	4,07	0,77	0,85	0,08
11 Metallverarbeitung	18,53	25,50	27,80	33,47	6,97	5,67	0,80	0,86	0,06
12 Energie- und Wasserversorgung	10,59	6,33	2,38	1,46	- 4,26	- 0,93	0,37	0,37	0,01
13 Bauwesen	0,30	0,67	0,22	0,00	0,37	- 0,22	0,86	0,00	- 0,86
14 Handel	2,95	6,30	1,48	2,65	3,36	1,18	0,67	0,59	- 0,08
15 Gastgewerbe	0,04		0,03	1,44	- 0,04	1,41	0,77	0,01	- 0,76
16 Verkehr, Nachrichtenübermittlung	5,11	8,88	0,17	3,77	3,78	3,60	0,06	0,60	0,53
17 Vermögensverwaltung	1,11	3,29	1,33	1,89	2,18	0,56	0,91	0,73	- 0,18
18 Sonstige Dienste	2,57	1,27	5,69	5,92	- 1,30	0,23	0,62	0,35	- 0,27
19 Öffentlicher Dienst			0,18			- 0,18	1,00		- 1,00
Insgesamt	9,23	11,99	11,54	15,24	2,76	3,70			

<sup>1)</sup> Importe cif zu laufenden Preisen. Exporte zu laufenden Produzentenpreisen ohne Steuer. — <sup>2)</sup> Dieser Indikator (a) ist wie folgt definiert:  $a = 1 - b$  wobei  $b = \frac{1e - m1}{e + m1}$ ;  $e =$  Exporte  $m =$  Importe. — <sup>3)</sup> Gesamtaufkommen = Brutto-Produktionswert des Inlandsaufkommens + Importe

steigt auf 26,9% und liegt damit deutlich höher als in den letzten Jahren (1980 26,4%, 1979 26,5%). Gleichzeitig sind auch die Entzugseffekte der Einnahmen stärker geworden. Der Anteil der Einnahmen am Produktionspotential erhöht sich auf 24,7% (1980 24,1%, 1979 23,7%). Der Anteil des inlandwirksamen Defizits am Produktionspotential geht zwar 1981 voraussichtlich auf 2,2% zurück (1980 2,3%), die Verringerung ist aber schwächer, als auf Grund des Voranschlags zu erwarten gewesen wäre (1,9%). Die im Voranschlag erwarteten restriktiven Effekte sind daher im Vollzug weitgehend kompensiert worden. Das läßt sich auch mit der Konjunktorentwicklung im laufenden Jahr vereinbaren.

**Bundesvoranschlag 1982 bringt geringere Nachfrageimpulse**

Der Bund plant zwar, das *inlandwirksame Defizit* 1982 auf 25,5 Mrd. S zu erhöhen (1981 voraussichtlich 24,5 Mrd. S), doch geht der Anteil gemessen am Produktionspotential leicht, auf 2,1%, zurück (1981 2,2%). Sowohl die Entzugseffekte der Einnahmen als auch die Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch die inlandwirksamen Ausgaben werden im kommenden Jahr voraussichtlich sinken.

Durch die Lohn- und Einkommensteuerermäßigung verringert sich der Anteil der inlandwirksamen Einnahmen am Produktionspotential auf 24,4% (1981 24,7%). Die Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch die inlandwirksamen Ausgaben geht auf 26,5% (1981 26,9%) zurück, obwohl die Kapazitätsauslastung auch 1982 unterdurchschnittlich sein wird und die inländische Nachfrage nach heimischen Produkten weiter schrumpfen dürfte.

Der Bundesvoranschlag 1982 ist von zwei einander entgegengesetzten Einflüssen geprägt: Zum einen werden Entscheidungen vergangener Jahre erst jetzt voll ausgabenwirksam und schränken den Budgetspielraum erheblich ein. Zum anderen sind der Ausweitung des Budgetdefizits durch die hohen Zinsen im In- und Ausland enge Grenzen gesetzt, wenn nicht künftige Budgets zu stark vorbelastet werden sollen. Es scheint daher auch das Bruttodefizit wieder grö-

ßere Bedeutung zu erlangen, weil die Zinsdifferenz zwischen den zu tilgenden Finanzschulden und den zur Finanzierung der Tilgungen erforderlichen Kreditaufnahmen im kommenden Jahr Mehrausgaben von etwa 0,7 Mrd. S erfordert.

Die üblicherweise zur Beurteilung der Budgetwirkungen herangezogenen Salden (Nettodefizit, inlandwirksames Defizit) geben jedoch ein unzureichendes Bild der Einflüsse. Zwei Faktoren, die 1982 besonders stark wirksam sind, modifizieren die Ergebnisse der Saldenbetrachtung erheblich: zum einen die durch die Kreditaufnahme des Bundes entstehenden *Verdrängungseffekte* bei anderen Kreditnehmern, zum anderen die kräftigen *Veränderungen* in der *Ausgabenstruktur*.

Die einfache Saldenbetrachtung ließe vermuten, daß im kommenden Jahr vom Bruttohaushalt nur sehr geringe restriktive Wirkungen ausgehen. Unter Berücksichtigung der Verschiebungen in den Ausgabenkomponenten ändert sich jedoch das Bild. Der gewichtete Saldo zeigt, daß trotz Zunahme des Defizits im kommenden Jahr keine zusätzlichen Nachfrageimpulse zu erwarten sind, wenn der Voranschlag im Vollzug eingehalten werden kann.

In dieser Untersuchung wird zwar davon ausgegangen, daß wie in den Vorjahren nur das Grundbudget eingesetzt wird. Man sollte aber doch die möglichen Einflüsse des Konjunkturausgleichshaushalts, vor allem auf die Bauwirtschaft, die besonders unter der Konjunkturschwäche leidet, nicht außer acht lassen.

**Starke Verschiebungen in der Ausgabenstruktur**

Der Konflikt zwischen den Ausgabenausweitungen auf Grund vergangener Entscheidungen einerseits und der Absicht, das Budgetdefizit unter 60 Mrd. S zu halten, andererseits führt zu starken Verschiebungen in der Ausgabenstruktur. Die Ausgaben für die Erstellung von Leistungen, die großteils sehr nachfragewirksam sind, aber stärker unmittelbar beeinflusst wer-

Übersicht 3

**Entwicklung der Budgetsalden**

	1979	1980	1981	1982
	Erfolg	Erfolg	Schätzung	BVA
	Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd. S			
Bruttosaldo	+0,7	+3,0	-6,5	-5,2
Nettosaldo	+2,9	+3,2	-0,4	-1,9
Nachfragewirksamer Saldo				
ungewichtet	+3,4	+1,5	-0,1	-1,1
gewichtet	-1,5	-2,8	-5,4	-3,8

(+) = Verringerung des Defizits

(-) = Vergrößerung des Defizits

Übersicht 4

**Ausgaben in ökonomischer Gliederung**

	1980	1981	1982	Veränderung
	Erfolg	Schätzung	BVA	1982
	Mrd. S			gegen 1981
				in %
Ausgaben zur				
Erstellung von Leistungen	138,2	150,9	158,0	+ 4,7
Umverteilung	91,9	102,8	109,9	+ 6,9
Finanzierung	76,4	89,3	100,4	+ 12,4
Gesamtausgaben	306,5	343,0	368,3	+ 7,4
	in % der Gesamtausgaben			
Ausgaben zur				
Erstellung von Leistungen	45,1	44,0	42,9	
Umverteilung	30,0	30,0	29,8	
Finanzierung	24,9	26,0	27,3	
Gesamtausgaben	100,0	100,0	100,0	

## Befragungsergebnisse 1980 und 1981

	Zahl der Betriebe	Cash Flow <sup>1)</sup> Mill S		Umsätze Mill S		Beschäftigte	
		1980	1981	1980	1981	1980	1981
Basissektor	14	1 289 0	1 204 4	12 826 6	13 566 8	12 349	12 157
Chemische Industrie	6	507 0	366 0	6 279 0	6 168 6	5 792	5 622
Technische Verarbeitungsprodukte	15	813 7	807 3	13 916 8	14 782 1	19 051	18 977
Baubranchen	7	674 1	705 1	6 344 1	7 200 0	7 480	7 437
Traditionelle Konsumgüterbranchen	7	163 7	149 5	3 467 1	3 582 0	4 895	4 709
Insgesamt	49	3 447 5	3 232,3	42 833 7	45 299 5	49 567	48 902

Q. Befragung durch die Vereinigung Österreichischer Industrieller eigene Berechnungen — <sup>1)</sup> Nach Definition der Befragungsteilnehmer

Jahr werden neben den Ergebnissen der Umfrage der Industriellenvereinigung und den ökonomischen Funktionen auch die Auswertungen einer Institutsumfrage über die Umsatzentwicklung im Rahmen des Investitionstests verwendet. Zusätzlich steht dem Institut noch die Vorauswertung der Berechnungen über den volkswirtschaftlichen Gewinn in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zur Verfügung.

#### Die Entwicklung der Selbstfinanzierungskraft seit der Rezession 1975

Der Rückgang des volkswirtschaftlichen Cash Flows im Rezessionsjahr 1975 spiegelte sich in fast allen gesamtwirtschaftlichen Determinanten dieser Kennzahl. Die Produktivität ging infolge des starken Produktionseinbruchs (—8%) und der nur mäßig reduzierten Beschäftigung um etwa 2% zurück, die Kapazitätsauslastung der Industrie lag mit 82% weit unter dem langjährigen Durchschnitt (86%), und dem Anstieg der Industriepreise von 7% stand eine Erhöhung der Arbeitskosten um 16,4% gegenüber. Obgleich der Cash Flow um 20% sank, lag die Cash-Flow-Quote (Cash Flow in Relation zum Rohertrag) auf Grund finanzieller Reserven aus den Vorjahren mit 23% nur geringfügig unter der langjährigen Marke (rund 25%), jedoch deutlich über den Ergebnissen der Rezessionsjahre 1967/68 (19,9% bzw. 17,4%).

Im darauffolgenden Jahr (1976) stieg zwar der Cash Flow wieder um 20% und die Cash-Flow-Quote auf rund 25%, der Aufschwung vererbte jedoch bereits Mitte 1977, als dem kurz nach der Rezession einsetzenden Lageraufbau keine entsprechende Investitionskonjunktur folgte. Der Grund dafür lag in der nach wie vor anhaltenden Unterauslastung der Kapazitäten. Die Kapazitätsauslastung lag in den Jahren 1976/77 bei durchschnittlich 84%. Hinzu kam noch, daß 1977 die Beschäftigung in Erwartung eines Aufschwungs teilweise ausgeweitet wurde, was trotz rückläufiger Lohnzuwachsrate angesichts der mäßigen Konjunkturentwicklung zu einem Anstieg der Arbeitskosten von 6% führte. Der schwachen Konjunktur entsprechend hielt auch die rückläufige Tendenz der Industriepreise an, sodaß die Cash-Flow-Quote

im Jahr 1977 auf einen der niedrigsten Werte innerhalb der Erhebungsperiode fiel (18,9%).

Die milde Rezession setzte sich auch 1978 fort, allerdings war dies von den Unternehmungen erwartet worden. Die Beschäftigung sank daher um rund 1½%, was sich unter anderem auch in einer nur mäßigen Arbeitskostensteigerung (+2½%) niederschlug. Die Preise für Industriewaren expandierten ebenfalls nur geringfügig (+0,8%). Stark rückläufig waren die Rohwareneinpreise (—8%). In der Entwicklung des Cash Flows gab es keinen weiteren Einbruch. Die Cash-Flow-Quote stagnierte auf dem Niveau des vergangenen Jahres, absolut nahm der Cash Flow sogar zu (+6,2%).

Cash Flow<sup>1)</sup> der Verstaatlichten Industrie 1977 bis 1980

	Zahl der Betriebe	1977	1978	1979	1980
		Mill S			
Basissektor	13	4 417	4 521	5 110	5 119
Bergbau Magnesia Erdöl	5	3 644	3 557	3 230	3 712
Eisen- und Metallhütten	8	773	964	1 880	1 407
Chemische Industrie	2	78	186	710	500
Technische Verarbeitungsprodukte	8	680	457	346	208
Maschinen- Fahrzeugindustrie	5	291	242	127	14
Elektroindustrie	3	389	215	219	194
Insgesamt	23	5 175	5 164	6 165	5 827

Q. Bilanzen der Verstaatlichten Industrie eigene Berechnungen — <sup>1)</sup> Nach Definition der ÖIAG

Das Jahr 1979 war ein typisches Aufschwungsjahr, in dem bei stark steigender Produktion (+7,5%) die Normalauslastung der industriellen Kapazitäten wieder erreicht wurde. Getragen wurde dieser Aufschwung von einem internationalen Lagerboom — infolge der Erdölpreiserhöhung —, an dem die grundstoffintensive Industrie Österreichs überdurchschnittlich partizipieren konnte. Im Zuge des Konjunkturaufschwungs besserte sich auch die Ertragslage der gesamten Industrie. Ähnlich wie 1976 sanken die Arbeitskosten um etwa 1%, während die Industriepreise im Durchschnitt um nahezu 4% anzogen. Dies führte dazu, daß der Cash Flow im Vergleich zum Vorjahr wieder etwas kräftiger expandierte (+12,5%). Die Cash-Flow-Quote erhöhte sich in diesem Jahr um